

Andreas Ross

Europäische Einheit und "babylonische" Vielfalt

Herausforderung an die Sprachenregelung in den
Institutionen der Europäischen Union

Magisterarbeit

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2001 Diplom.de
ISBN: 9783832463274

Andreas Ross

Europäische Einheit und "babylonische" Vielfalt

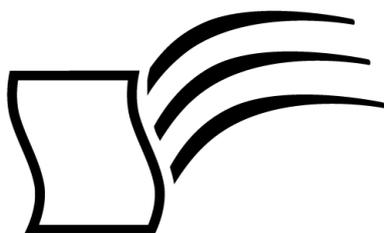
Herausforderung an die Sprachenregelung in den Institutionen der Europäischen Union

Andreas Ross

Europäische Einheit und "babylonische" Vielfalt

*Herausforderung an die Sprachenregelung in den
Institutionen der Europäischen Union*

**Magisterarbeit
an der Universität Osnabrück
Fachbereich Sozialwissenschaften
Juli 2001 Abgabe**



Diplom.de

Diplomica GmbH ———
Hermannstal 119k ———
22119 Hamburg ———

Fon: 040 / 655 99 20 ———
Fax: 040 / 655 99 222 ———

agentur@diplom.de ———
www.diplom.de ———

ID 6327

Ross, Andreas: Europäische Einheit und "babylonische" Vielfalt - Herausforderung an die Sprachenregelung in den Institutionen der Europäischen Union

Hamburg: Diplomatica GmbH, 2003

Zugl.: Osnabrück, Universität, Masterarbeit, 2001

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Diplomatica GmbH

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2003

Printed in Germany

Inhalt

1.	Die Sprachenfrage in der Europäischen Union	1
1.1	Einführung	1
1.2	Forschungsfrage und Aufbau der Arbeit	2
1.3	Vorgehensweise und Forschungsstand	5

TEIL I: DER INTEGRALE MULTILINGUALISMUS

2.	Das institutionelle Sprachenregime der Europäischen Union	11
2.1	Allgemeine rechtliche Grundlagen	11
2.2	Die Sprachenregelungen der EU-Organe	15
2.2.1	Der Rat der Europäischen Union	15
2.2.2	Die Europäische Kommission	20
2.2.3	Das Europäische Parlament	24
2.2.4	Der Europäische Gerichtshof	29
2.3	Die Arbeitssprachen der europäischen Institutionen	35
3.	Grenzen des Integralen Multilingualismus	39
3.1	Übersetzung als Mittel und Hindernis von Kommunikation	39
3.2	Rechtssicherheit und Vielsprachigkeit	45
3.3	Herausforderung Osterweiterung	50
3.4	Herausforderung Sprachminderheiten	54
3.4.1	Die Minderheitensprachen Europas	54
3.4.2	Die Sprachminderheiten und die EU-Ebene	58
4.	Reformansätze und europäische Sprachpolitik	67
4.1	Mögliche Elemente eines neuen EU-Sprachenregimes	67
4.2	Die Europäische Union und Sprachpolitik	74

TEIL II: SPRACHENFRAGE UND LEGITIMITÄT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

5.	Die Legitimation der Europäischen Union	83
5.1	Sprachenfrage und Legitimität	83
5.2	EU-Legitimität im dynamischen Mehrebenensystem	85
5.3	Input-Legitimation der Europäischen Union.....	91
5.4	Output-Legitimation der Europäischen Union.....	98
6.	Die Sprachenfrage und demokratische EU-Legitimation	105
6.1	Politische Öffentlichkeit in Europa.....	105
6.2	Das Sprachenregime und die Publizität der EU	112
6.3	Das Sprachenregime und die Responsivität der EU	118
7.	Die Sprachenfrage und die Output-Legitimation der EU	125
7.1	Effektivität und Effizienz im Arbeitssprachenregime	125
7.2	Arbeitssprachen und kulturelle Vielfalt	127
8.	Schlußbetrachtung.....	133

1. Die Sprachenfrage in der Europäischen Union

1.1 Einführung

Die Metaphorik der europäischen Integration nährt sich mit Vorliebe aus dem Wortschatz der Architektur.¹ Neben positiv besetzten Wendungen wie »Brückenschlag« oder »gemeinsames europäisches Haus« gehört mittlerweile auch die Warnung vor dem »Turmbau zu Brüssel« zum ständigen Repertoire. Die Anspielung auf das biblische Babel² kritisiert das institutionelle Wirrsal der Europäischen Union (EU) im allgemeinen und die europäische Sprachverwirrung im besonderen.

Politik ohne Kommunikation ist nicht denkbar. Die Aussage erscheint so trivial, daß den Voraussetzungen für erfolgreiche Kommunikation im vielsprachigen Kontext der EU bisher wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde. Die Union wird aber auf absehbare Zeit nicht über eine *lingua franca* verfügen, in der sich alle ihre Bürger miteinander verständigen könnten. Zwar nimmt die Verbreitung der englischen Sprache in Europa wie weltweit zu, doch europäische Sprachpolitik verbleibt unter dem Primat der Vielfalt.³ Weil aber für die Unionsbürger sprachliche Verständigung mit einer Vielzahl (oft: der großen Mehrheit) ihrer europäischen Mitbürger unmöglich ist, kann sich ein gesamteuropäisches Zusammengehörigkeitsgefühl allenfalls unter erschwerten Bedingungen herausbilden. Das dialektische Paradigma der europäischen Integration ist die 'Einheit in der Vielfalt'. Die sprachlichen Aspekte dieser Vielfalt werden derzeit mit dem »Europäischen Jahr der Sprachen 2001« vom Europarat und der Europäischen Kommission plakativ in den Mittelpunkt gestellt.

In Ermangelung horizontaler Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb des Demos erhält das Sprachenregime in den Institutionen der EU besonderes Gewicht. Hier muß in der täglichen Politikgestaltung Einigkeit trotz sprachlicher Vielfalt hergestellt werden. Das betrifft nicht nur die Kommunikation zwischen den politischen Eliten in Brüssel, Straßburg und Luxemburg (also den dort ansässigen 'Eurokraten' sowie den zureisenden (Europa-)Politikern aus den Mitgliedstaaten⁴),

¹ Schöffner (1993) untersucht diese Architektur-Metaphern der europäischen Einigung anhand von Presseartikeln.

² Oft ist die Analogie unstimmig. Wenn Journalisten argumentieren, ähnlich dem Turmbau zu Babel werde auch das europäische Projekt an der Sprachenvielfalt scheitern, so bezeugen sie allenfalls ihre mangelhafte Bibelfestigkeit: Die Geschichte aus der Genesis (11: 1-9) beschreibt nämlich, daß Gott die Menschen wegen ihres Turmbaus erst mit der Sprachverwirrung gestraft hätte. Der 'Hausbau zu Europa' hingegen will ja die präexistente (Sprach-)Verwirrung in (Völker-)Verständigung ummünzen, sucht also nach »antibabelischen Elementen« (Gauger 1992, 138f.).

³ Die 'innere' Sprachpolitik vieler Mitgliedstaaten sieht freilich anders aus. So tut sich z.B. die französische Regierung extrem schwer, die trotz jakobinischer Homogenisierung fortbestehende Sprachenvielfalt innerhalb des Hexagons anzuerkennen. Selbst in Spanien, wo neben dem *castellano* drei weitere Sprachen in bestimmten autonomen Gemeinschaften die jeweils erste Amtssprache sind, fehlt eine Anerkennung der Vielsprachigkeit in den zentralen Institutionen des Staates.

⁴ Born und Schütte (1995, S. 383) verweisen auf den für die Sprachenfrage bedeutsamen Unterschied: 'Eurokraten', also Politiker, Beamte, Lobbyisten usw., die dauerhaft in Brüssel 'stationiert' sind,

sondern auch die vertikale Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den Bürgern. Das institutionelle Sprachenregime steht daher im Zentrum der Analyse in der vorliegenden Arbeit.

Da Legitimation ebenfalls zwangsläufig ein kommunikativer Prozeß ist, kommt der Sprachenfrage hier besondere Bedeutung zu. Die Transparenz und die Bürgernähe der EU-Organe sind ebenso wichtige Faktoren für die Legitimität der EU im Mehrebenensystem wie die Effizienz und Effektivität ihrer Institutionen. Bereits auf den ersten Blick ergibt sich hieraus das grundsätzliche Dilemma für die Sprachenregelung: Je mehr Sprachen auf der europäischen Bühne verwendet werden, desto eher werden sich die Bürger, um deren Muttersprachen es sich handelt, von den Institutionen repräsentiert fühlen. Andererseits verursacht die Vielzahl der europäischen Sprachen unvermeidlich Transaktionskosten, die sich negativ auf die Effizienz des *policy-making* in der EU auswirken. Die Rolle von Amts- und Arbeitssprachen der EU muß in diesem Spannungsfeld diskutiert werden.

Die Aktualität der Thematik erklärt sich aus dem starken Reformdruck, unter dem die Sprachenregelung gegenwärtig aus zwei Gründen steht: Mit der Osterweiterung wird erstens die Zahl der in der EU gesprochenen Sprachen rapide ansteigen. Zweitens haben durch das politische Klima der vergangenen Jahre viele europäische 'Sprachminderheiten' Auftrieb erhalten und pochen nun auf die Anerkennung ihrer Idiome. Im Kontext dieser Herausforderungen untersucht die vorliegende Arbeit mithin den Zusammenhang zwischen der Sprachenregelung in den Institutionen der Europäischen Union und deren Legitimität.

1.2 Forschungsfrage und Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist in zwei Teile gegliedert. Die Analyse in Teil I wird dabei von der folgenden Frage geleitet: Inwiefern ist die EU in der Lage, tatsächlich den 'Integralen Multilingualismus' in ihren Institutionen zu verwirklichen?

In der Tat, so verdeutlicht die Bestandsaufnahme der rechtlichen und faktischen Sprachenregelungen in den vier wichtigsten EU-Organen (Rat, Kommission, Parlament und Gerichtshof), besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Anspruch nach Gleichberechtigung aller elf EU-Sprachen und der realen Handhabung (Kap. 2). Dennoch bestimmen Übersetzungs- und Verdolmetschungerfordernisse den EU-Alltag maßgeblich. Im folgenden Kapitel wird daher nach den Grenzen der absoluten Vielsprachigkeit gefragt. Hier stehen die praktischen und linguistischen Probleme wegen der Angewiesenheit auf Übersetzung (Kap. 3.1) ebenso zur Diskussion

haben erstens in der Regel einen sprachlichen Selektionsprozeß durchlaufen, um ihre Arbeitsstelle zu bekommen, und sind zweitens aufgrund ihrer täglichen Arbeit *dans le bain*, also gewöhnt an die Verwendung fremder Sprachen. Im Gegensatz zu ihnen fällt es den Politikern, Beamten und Lobbyisten von der (sub-)nationalen Ebene schwerer, sich in den europäischen Gremien fremdsprachlich zu verständigen.

wie die Auswirkungen auf die Rechtssicherheit in der Union (Kap. 3.2), da diese ihre Rechtsakte in elf bzw. zwölf verbindlichen Sprachversionen veröffentlicht.

Daraufhin werden die beiden bereits erwähnten Herausforderungen 'Osterweiterung' und 'Sprachminderheiten' analysiert (Kap. 3.3. bzw. 3.4): Durch die Osterweiterung steigt die Zahl der Sprachkombinationen in der EU so abrupt an, daß die herkömmlichen Sprachmittlungsmethoden in der Folge nicht mehr anwendbar sein werden. Die Minderheitenfrage wiederum verdeutlicht die Ambivalenz der Formel 'Einheit in der Vielfalt', waren bislang die einzelnen 'Einheiten der Vielfalt' doch ausschließlich die Nationalstaaten. Staaten, die vehement auf der Präsenz ihrer nationalen Amtssprache auf europäischer Ebene bestehen, unterdrücken u.U. Sprachminderheiten innerhalb ihres eigenen Territoriums. Doch diese Minderheiten gewinnen immer mehr politisches Gewicht und machen sich den Vielfaltsdiskurs im europäischen Kontext zunutze.

Aus der Untersuchung dieser Komplexe ergibt sich die akute Reformnotwendigkeit der institutionellen EU-Sprachregelungen. Folgerichtig werden im vierten Kapitel zunächst die in der Diskussion befindlichen Reformvorschläge dargestellt und hinsichtlich ihrer praktischen Umsetzbarkeit sowie ihrer Wirksamkeit bewertet (Kap. 4.1). Zu Abschluß des ersten Teils wird überdies der Frage nachgegangen, inwieweit die EU überhaupt in der Lage ist, ihr eigenes Sprachenregime zu reformieren. Ist sie zu einer eigenen, kohärenten Sprachpolitik fähig, oder bleibt sie lediglich Spielball der divergierenden sprachpolitischen Interessen der Mitgliedstaaten (Kap. 4.2)?

Es liegt gleichwohl auf der Hand, daß das Sprachenregime der EU nicht ausschließlich unter Beachtung pragmatisch-technischer Gesichtspunkte reformiert werden kann. Daher lautet die dem zweiten Teil zugrunde liegende Forschungsfrage: Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem institutionellen Sprachenregime der EU und ihrem Streben nach demokratischer Legitimation sowie effizienter Handlungsfähigkeit?

An dieser Stelle ist ein längerer Exkurs notwendig (Kap. 5), der relativ unabhängig von der Sprachenfrage nach einem hier operationalisierbaren Legitimitätsbegriff sucht. Als 'gängige' Kategorie der Sozialwissenschaften bezieht sich Legitimität vornehmlich auf den Nationalstaat. Angesichts des europäischen Mehrebenensystems ist allerdings ein moderneres Konzept von Legitimität erforderlich, das die gleichzeitige Loyalität der Bürger gegenüber koexistierenden und in gewissem Maße konkurrierenden politischen Ordnungen erlaubt. Ein rein empirischer Legitimitätsbegriff griffe zu kurz, aber ein Normen verabsolutierendes, statisches Konzept wäre ebenfalls verfehlt. Das dynamische Modell von Jachtenfuchs (1994) wird der Besonderheit der europäischen Integration gerecht. Die Institutionen beeinflussen demzufolge selbst maßgeblich die Normen, an denen sich ihre Legitimität schließlich bemißt. Auf der Suche nach den konkreten Normen, die für das gegenwärtige Stadium des europäischen Integrationsprozesses charakteristisch sind, bietet sich die Unterteilung nach Scharpf (z.B. 1999) in Input- und Output-Legitimation an.

Hinsichtlich ersterer Kategorie, also der demokratischen Legitimität, stellt das dynamische Mehrebenensystem die Forschung vor Probleme. Während eine zu deutliche Orientierung an

den hergebrachten, auf den Nationalstaat bezogenen Kategorien dem europäischen Integrationsprozeß mit seinen neuartigen Partizipationsstrukturen nicht gerecht wird, fehlt es noch an besser geeigneten, alternativen Theorieansätzen. Hieraus ergeben sich insbesondere Schwierigkeiten, wenn die Bedeutung des in vielfacher Hinsicht so heterogenen europäischen Demos für die prinzipielle Demokratiefähigkeit eingeschätzt werden soll.

Die Legitimation durch den Output europäischer Politik ist dagegen weniger problematisch. Zusammengenommen aber ergibt sich ein Dilemma aufgrund des inhärenten Spannungsverhältnisses von Effizienz und Demokratie.

[T]he two that compose the dilemma under discussion here are the ability of the citizens to exercise democratic control over the decisions of the polity versus the capacity of the system to respond satisfactorily to the collective preferences of its citizens. (Dahl 1994, 28)

Nach Klärung der zentralen Begriffe und Konzepte wendet sich die Arbeit wieder der Sprachenfrage zu. Wird jeder Reformvorschlag zwischen den konfligierenden Zielen der Input- und der Output-Legitimation aufgerieben werden und sich daher allenfalls ein »Nullsummenspiel« (Hörreth 1998, 12) ergeben? Zunächst interessiert der Zusammenhang zwischen dem Sprachenregime und der Input-Legitimität (Kap. 6). Für die Untersuchung der kommunikativen Aspekte ist hier zunächst ein differenzierter Begriff von Öffentlichkeit erforderlich.

Öffentliche Kontrolle vollzieht sich ... in einer Vielzahl von Foren, die nur teilweise auch strukturell verbunden sind. Eine direkte Kontrolle, in der das politische System in toto einer ebenso allumfassenden Öffentlichkeit gegenübersteht, wie das vielleicht im Kontext athenischer Demokratie möglich war, muß als Sichtweise für moderne Massendemokratien verworfen werden. (Beierwaltes 1998, S. 16-17)

Für die europäische Ebene gilt dieser Satz um so stärker. Angesichts der Abwesenheit einer gesamteuropäischen Öffentlichkeit muß genau untersucht werden, auf welche Weise die Kommunikation zwischen den Handlungseliten und dem Demos stattfindet bzw. stattfinden kann. Zu unterscheiden ist hierbei zwischen den Dimensionen der »Publizität«, d.h. »Kommunikation von [der] Politik zum 'Demos'« (Beierwaltes 2000, 43) und der »Responsivität«, d.h. der »Bedürfnissensibilität der Handlungseliten für die Anliegen der Nicht-Eliten« (Waschkuhn 1998, 51).⁵ Die Publizität der europäischen Politik kann mit dem Begriff der Transparenz, die Responsivität mit Bürgernähe in Verbindung gesetzt werden. Kommunikation zwischen Eliten und Nichteliten – unabhängig in welcher Richtung – ist in einer Massendemokratie aber beinahe ausschließlich durch massenmediale Vermittlung oder andere intermediäre Strukturen zu erreichen. Dadurch unterscheidet sie sich von der unmittelbareren Kommunikation der politischen Eliten untereinander.⁶

⁵ Die dritte Dimension ist »Diskursivität«, also die in Konzepten deliberativer Demokratie besonders betonte Facette von Kommunikation. Der hierdurch bezeichnete Austausch und Wettbewerb von Ideen und Meinungen im Demos spielt für das *institutionelle* Sprachenregime aber nur eine untergeordnete Rolle.

⁶ Wenngleich im multilingualen Umfeld die Notwendigkeit für Verdolmetschung und Übersetzung auch eine Abhängigkeit von medialer Vermittlung bedeutet, so ist die kommunikative Situation doch eine gänzlich andere, da sie – im Gegensatz zu Kommunikation über Massenmedien – dialogisch ist.

Aus diesem Grund liegt, so das Argument in Kapitel 6, in den Medien und Verbänden der Schlüssel für ein eingeschränktes, aber demokratieverträgliches Sprachenregime.

In Kapitel 7, das den zweiten Teil der Arbeit abschließt, wird die Output-Dimension von Legitimität hinsichtlich eines Arbeitssprachenmodells erörtert. Hier geht es um die Frage, inwiefern die Beschränkung auf wenige Arbeitssprachen nicht nur eine Effizienzsteigerung ermöglichen kann, sondern auch mit dem Imperativ der generellen Handlungsfähigkeit aller EU-Organe vereinbar ist. Darüber hinaus werden die Auswirkungen einer solchen Sprachenregelung auf die legitimationsnotwendige EU-Strategie von 'Einheit in der Vielfalt' analysiert.

Erst auf dem Hintergrund der Ergebnisse aus beiden Teilen der Arbeit ist es in der Schlußbetrachtung (Kap. 8) schließlich möglich, die Konturen eines unter pragmatischen wie legitimatorischen Gesichtspunkten angemessen erscheinenden Reformkonzepts für das Sprachenregime zu skizzieren: Die detaillierte Beschäftigung mit den vielfältigen Auswirkungen der Vielsprachigkeit im Alltag aller europäischer Organe in Teil I bietet die Grundlage für die Differenzierung nach Kommunikationssituationen, die für ein erfolgreiches Reformkonzept unumgänglich ist. Mit Hilfe der Überlegungen aus Teil II zu den Quellen von Legitimität und zur Beschaffenheit politischer Öffentlichkeit wiederum kann die legitimatorische Bedeutung dieser Kommunikationssituationen bewertet werden.

1.3 Vorgehensweise und Forschungsstand

Die Politikwissenschaft scheint das Feld der Sprachpolitik weitgehend der Soziolinguistik überlassen zu haben. Sowohl allgemeine Untersuchungen zum Verhältnis von Sprache und Politik (vgl. grundlegend Coulmas 1985) als auch Veröffentlichungen zum konkreten Problem der Mehrsprachigkeit in der Europäischen Union liegen zwar durchaus zahlreich vor, stammen aber zum größten Teil aus den linguistischen Forschungsdisziplinen. Die vorliegende Arbeit will deren Ergebnisse für die Politikwissenschaft fruchtbar machen. Dabei kann sie sich auf die veröffentlichten empirischen Untersuchungen aus der Soziolinguistik stützen⁷, die zwar jeweils nur enge Teilbereiche der Sprachensituation in den EU-Institutionen beleuchten, jedoch die Möglichkeit zur Übertragung und Verallgemeinerung bieten.

⁷ Schloßmacher (1997²) hat Anfang der 1990er Jahre Erhebungen zur Verwendung der einzelnen Arbeitssprachen in der Kommission, im Rat und im EP durchgeführt. Born und Schütte (1995) untersuchten die Textgenese im Kontext »situativer Mehrsprachigkeit« am Beispiel des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA). Labrie (1993) hat in seiner Monographie die vielfältigen sprachplanerischen Aktivitäten der (damaligen) Europäischen Gemeinschaft zusammengetragen. Mullen (2000) beschäftigt sich mit der Sprachenproblematik am Europäischen Gerichtshof (EuGH). Insbesondere in den Sammelbänden herausgegeben von Coulmas (1991) und von Bruha und Seeler (1998), sowie in den Heften 5 (1991) und 8 (1994) von *Sociolinguistica* finden sich eine Vielzahl von weiteren Beiträgen, die die Thematik nicht zuletzt aus praktischer Sicht beleuchten.

Methodisch beruht die vorliegende Arbeit mithin primär auf einer Literatur- und Quellenanalyse. Zahlreiche Presseartikel aus europäischen Zeitungen und Zeitschriften vervollständigen das zugrundeliegende Material ebenso wie diverse wissenschaftliche Vorträge.⁸ Auch die Teilnahme am Symposium des Europäischen Parlaments »L'amour de Babel – The Power of Babel« (s. Anm. 195) brachte wertvolle Erkenntnisse.

In die Untersuchung eingegangene Quellen umfassen überdies zahlreiche EU-Dokumente (verbindliche Rechtsakte, Entschlüsse, Kommuniqués, Statistiken und weitere Veröffentlichungen aller Art), die sich mit der Sprachenfrage auseinandersetzen. Aufschlußreich sind hier insbesondere die Berichte und Entschlüsse des Europäischen Parlaments (EP), das sich mehr als die anderen Organe offen mit der Problematik auseinandergesetzt hat.⁹ Zudem sind einige Europaabgeordnete genaue Beobachter des Sprachenregimes in den europäischen Institutionen und veranlassen die Kommission und teilweise den Rat mittels schriftlicher und mündlicher Anfragen zu instruktiven Statements.¹⁰ Der erhöhten Aufmerksamkeit durch das »Europäische Jahr der Sprachen« (seinerseits Zeichen für ein steigendes Problembewußtsein in der Europäischen Kommission) ist die bisher umfangreichste statistische Datenerhebung in der EU zum Thema »Les européens et les langues« zu verdanken, die von der Generaldirektion Bildung und Kultur im Februar 2001 vorgelegt wurde (Eurobarometer 2001).

Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß die soziolinguistische Literatur zum Thema ihre empirischen Befunde meist in Hinblick auf die spezifischen Kategorien ihrer Disziplin wie etwa Sprachplanung (z.B. Labrie 1993), sprachliche Menschenrechte (z.B. Skutnabb-Kangas und Phillipson 1995), Methoden der Verständigung im mehrsprachigen Umfeld (z.B. Born und Schütte 1995) oder Sprachverbreitungspolitik (z.B. Ammon 1989 passim) hin analysiert. Dabei fallen zwar bisweilen die Begriffe Demokratie oder Legitimität, doch mangelt es hier oft an der definitorischen Trennschärfe, die der politikwissenschaftlich geschulte Leser erwartet.¹¹ In seiner Disziplin wiederum behandeln die wenigen Autoren, die sich unmittelbar mit der Sprachenproblematik und der europäischen Demokratie auseinandersetzen, vor allem die Schwierigkeiten horizontaler Kom-

⁸ Hervorzuheben sind hier der Vortrag des Soziolinguisten Ulrich Ammon am 18.01.2001 an der Universität Bonn (»Die Stellung der deutschen Sprache in Europa und Modelle der Mehrsprachigkeit«) sowie diverse Beiträge von Linguisten, Juristen und 'Praktikern' auf der 37. Jahrestagung des Instituts für Deutsche Sprache zum übergreifenden Thema »Sprache und Recht« (13.-15.03.2001 in Mannheim). Diese Vorträge sind bislang unveröffentlicht.

⁹ Das ist insofern wenig überraschend, als das EP einerseits die unmittelbarste Volksvertretung der EU ist und es andererseits über praktisch keinerlei sprachpolitischen Kompetenzen verfügt. Es kann sich als Anwalt der Vielsprachigkeit profilieren, ohne in Entscheidungsverantwortung zu stehen. Vgl. Kap. 2.2.3.

¹⁰ Bisweilen ist auch die Abwesenheit einer aussagekräftigen Antwort instruktiv.

¹¹ Tendenziell neigen Sprachwissenschaftler dazu, die sprachliche Vielfalt als höchsten Wert an sich anzusehen, was sie häufig dazu führt, den integralen Multilingualismus der EU zu verteidigen, ohne Effizienzgesichtspunkte und die tatsächliche Beschaffenheit demokratienotwendiger Kommunikation zu berücksichtigen. (Deutsche Soziolinguisten sehen sich häufig überdies dazu berufen, insbesondere die Förderung der deutschen Sprache in der EU zu fordern.) Sozialwissenschaftler verfallen dagegen allzu leicht ins entgegengesetzte Extrem und strafen die linguistischen Aspekte mit Nichtbeachtung (vgl. die folgende Anmerkung).

munikation (z.B. Eder 2000, Grimm 1995, Kielmansegg 1996, Kraus 1998; 2000a; Laitin 1997) – die in der vorliegenden Arbeit gerade nicht von entscheidendem Interesse sind.¹² So hat die Politikwissenschaft bisher kaum Anstöße für eine neue, demokratisch vertretbare Sprachenregelung in den Institutionen der EU gegeben.

Die wünschenswerte, grundlegende Beschäftigung mit dem Themenkomplex Legitimität und Mehrsprachigkeit aus politikwissenschaftlicher Sicht kann hier freilich nicht geleistet werden. Im Mittelpunkt steht vielmehr das konkrete Problem des Multilingualismus in den Institutionen der EU. Das Thema ist aber gut geeignet, exemplarisch die Fruchtbarkeit des interdisziplinären Ansatzes zu belegen.

¹² Noch häufiger ist zu beobachten, daß Fragen der gesamteuropäischen Öffentlichkeit, Identität oder Demokratie erörtert werden, ohne das Sprachenproblem überhaupt zu thematisieren. So muß sich der prominenteste Vertreter der deliberativen Demokratie vorwerfen lassen: »[T]he issue of linguistic communication is clearly not of central concern in the line of argument developed by Habermas ... : the language problem is solved by stating almost in passing that English is to become the 'second first language' of Europeans.« (Kraus 2000b, 157-158) Gewiß erscheint das Sprachenproblem für viele Wissenschaftler – selbst an die weitgehend problemlose Kommunikation auf internationalen Kongressen gewöhnt – auf den ersten Blick banal, doch darf seine Bedeutung nicht unterschätzt werden: Demokratie ist auf Kommunikation angewiesen, und Kommunikation braucht Sprache.